Stand: 11.11.2025 08:20:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/23265

"Funktionierender Festnetzanschluss im 21. Jahrhundert: Probleme in Hohholz umgehend beseitigen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/23265 vom 11.07.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

11.07.2018 Drucksache 17/23265

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt, Thorsten Glauber, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Funktionierender Festnetzanschluss im 21. Jahrhundert: Probleme in Hohholz umgehend beseitigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Kooperation mit Bund und Telekommunikationsunternehmen darauf hinzuwirken, dass alle Bürger in Hohholz unverzüglich einen stabil funktionierenden Festnetzanschluss sowie weitere Universaldienstleistungen nach § 78 Telekommunikationsgesetz (TKG) erhalten.

Begründung:

Seit Jahren kämpfen die Bewohner mehrerer Anwesen in Hohholz, Gemeinde Emskirchen, mit massiven Problemen beim Festnetzanschluss. Dabei kommt es immer wieder sogar zu wochenlangen Totalausfällen. In diesem Fall können die Bewohner nicht einmal den Notruf wählen, da Festnetz, Internet und auch das Mobilfunknetz nicht funktionieren. Dieser Zustand ist im 21. Jahrhundert nicht hinnehmbar, es muss unverzüglich gehandelt werden.

Zwar sollen die Anwesen im Jahr 2019 einen Glasfaseranschluss erhalten, allerdings ist auch bis dahin die Grundversorgung mit Universaldienstleistungen nach § 78 TKG (z. B. der Anschluss an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort, der Gespräche, Telefaxübertragungen und die Datenkommunikation mit Übertragungsraten ermöglicht, die für einen funktionalen Internetzugang ausreichen) zu gewährleisten.

Mehrere Schreiben an den zuständigen Bundesminister Andreas Scheuer blieben bis dato unbeantwortet, deshalb muss sich die Staatsregierung nun für die Emskirchener Bürger einsetzen.